

SHORT NEWS

Secret bancaire : tergiverser et mentir

(lm) - « Frieden fait marche arrière », titrait Paperjam le 14 novembre, à la veille du sommet Ecofin. En effet, le ministre des Finances avait fait savoir que l'extension de la directive épargne était inacceptable tant que les négociations avec les pays tiers n'avançaient pas. Cette volonté de blocage contraste avec les déclarations tonitruantes faites fin avril par le même Frieden, qui se disait alors favorable à un large échange d'informations afin de lutter contre l'évasion fiscale. Aidé par l'Autriche, le Luxembourg a réussi, le week-end dernier, à bloquer toute avancée. Si rien ne change, il y aura à partir de 2015 un échange automatique d'informations limité à une petite partie seulement des fonds drainés vers les paradis fiscaux. « Luc Frieden tient bon », titrait en conséquence le Quotidien du 16 novembre. Alors que les publications Editpress tirent d'habitude à boulets rouges sur tout ce qui est noir, quand il s'agit de l'intérêt national, on n'hésite pas à se serrer les coudes avec « notre ministre des Finances ». Et pourtant, trois jours plus tard, ce même ministre faisait savoir par voie de communiqué que « le Luxembourg reste résolument engagé sur la voie de la transparence et de l'échange d'informations à des fins fiscales ». C'est qu'il fallait répondre à un rapport sur la transparence fiscale déclarant le Luxembourg non conforme aux standards. Accuser les auteurs du rapport de mauvaise foi, comme cela est fait dans le communiqué, alors qu'on change soi-même de discours - ou de mensonge - selon les circonstances, est peu crédible.

Une femme exemplaire

(dv) - Elle a appartenu à cette génération qui n'a pas connu la tiédeur : Yvonne Frisch-Urbany s'est éteinte la semaine passée. Née en 1923 dans l'Oesling, elle est issue d'une famille profondément politique. Fille de Dominique Urbany (secrétaire général du KPL de 1935 à 1965), on ne peut pas dire qu'elle en ait tiré un quelconque privilège. Au contraire, sa jeunesse sera marquée par l'invasion nazie et son engagement au sein de la résistance communiste. La flamme de son engagement ne s'est par la suite jamais éteinte : membre du KPL puis de déi Lénk, elle fut la présidente de l'Union des femmes luxembourgeoises, une des fondatrices du Planning familial ainsi que la secrétaire du Centre Pouchkine. Les épreuves de la vie dans un contexte historique tourmenté ainsi que des convictions profondément ancrées ont façonné cette femme humble, courtoise mais néanmoins d'une étonnante solidité. A un âge avancé, il n'était pas rare de la rencontrer lors de manifestations politiques. Un exemple à suivre à une époque qui semble revenir à ses vieux démons.

Das Ende der Radio-Liberalisierung

(rg) - Als 1992 das Gesetz zur Radio-Liberalisierung in Kraft trat, wurden neben einer ganzen Reihe lokaler Kleinstsender auch sogenannte Regionalsender aus der Taufe gehoben. Neben dem Platzhirsch RTL sollten vier durch Werbung finanzierte Radiostationen in Luxemburg auf Sendung gehen. Im 1992er Gesetz wurde festgehalten, dass diese Stationen als eigenständige „Särl“ funktionieren und ihre Beteiligungen weit gestreut sein sollten. Kein einzelner Inhaber durfte über mehr als 25 Prozent der Gesellschaftsanteile eines Senders verfügen. Das bistumseigene Verlagshaus Saint Paul lancierte mit christlich-konservativen Gesellschaften und Vereinigungen „Den neie Radio“ (DNR). Daneben erhielt auch der von RTL zusammen mit einigen Verlegern initiierte Jugendsender „Eldorado“ eine Zulassung. „Radio latina“, das sich vor allem um die aus Südeuropa zugewanderten Bevölkerungsteile bemühte, entstand zunächst als eigenständiges Projekt. Die alternative Radioszene, die die Liberalisierung in den den 1980ern angekurbelt hatte, ging auch nicht leer aus: „Radio Ara“ wurde geschaffen - gezwungenermaßen als „kommerzielles“ Unternehmen. Nach zwanzig Jahren sieht die Bilanz nun ernüchternd aus: Radio Latina wurde von Saint Paul geschluckt. Der katholische Herausgeber übernahm auch, nach einer entsprechenden Gesetzes-„Reform“, die gesamten Anteile des DNR. Eldorado wurde zum RTL-Zweitsender. Und seit gestern ist bekannt, dass DNR spätestens im Februar 2014 Geschichte sein wird. Dann will RTL zusammen mit LW/Saint Paul auf den DNR-Frequenzen ein französisches Radioprogramm anbieten. Von den vier „unabhängigen“ Regionalsendern wird also nur noch Radio Ara die Grundidee einer pluralistischen Radiolandschaft hochhalten.

AKTUELL

BIO-LANDBAU

Gebremste Dynamik

Richard Graf

25 Jahre organisierte Biolandwirtschaft, zum fünften Mal ein Bio-Agrarpreis - „Bio“ ist längst kein Nischenmarkt mehr in Luxemburg. Trotzdem tut sich die Branche schwer.

Landwirtschaftsminister Romain Schneider ist kein Mann der großen Worte. Anlässlich der Verleihung des fünften Bio-Agrarpreises zog der LSAP-Politiker am Mittwoch eine knappe Bilanz des nationalen Aktionsplans zur Förderung der biologischen Landwirtschaft, der im Februar 2009 initiiert worden war. Dabei gestand er auch einige Probleme ein, die sich nicht zuletzt in einer von seinem Ministerium und dem Verband Bio-Lëtzebuerg initiierten Umfrage offenbart hatten. So herrscht in Luxemburg ein regelrechter Label-Wirrwarr, der es KundInnen oft schwer macht, echte Bioprodukte von zwar regionalen aber konventionell hergestellten, zu unterscheiden.

Die Umfrage macht deutlich: Zwei Drittel der Bevölkerung greifen wenigstens einmal pro Woche zu (vermeintlichen) Bioprodukten. Und viele von denen, die bewusst bio wählen, wollen das in Zukunft auch verstärkt tun. Aber die heimische Bioproduktion nimmt nur etwa vier Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch.

Einer der Bestandteile des Aktionsplans war die Schaffung eines Bio-Agrarpreises, der an Personen und Organisationen vergeben wird, die sich um die Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft verdient gemacht haben. Der mit 4.000 Euro dotierte Preis sollte diesmal an einen Betrieb gehen, der sich besonders mit dem Problem der Futtermittel auseinandersetzt. Diese sollen im Idealfall ganz aus biologischer Produktion stammen und so weit wie möglich von den Betrieben selber oder zumindest in der Region hergestellt werden. Francis Jacobs aus Kahlborn, der seit 1987 biologisch produziert, war diesmal der Geehrte, sein Kollege Marc Kleer aus Everlange, Biobauer seit 2001, erhielt eine „mention spéciale“. Weitere Bewerber hatte es nicht gegeben.

Monique Faber-Decker, die sich bei der Verwaltung für landwirtschaftliche Dienste um die biologische Landwirtschaft kümmert, wies darauf hin, dass in Zukunft der Preis nach einem anderen Modus ausgeschrieben werden soll. Statt spezifische Vorgaben zu machen - und damit den Kreis interessierter KandidatInnen von vorne herein zu be-

schränken - soll es ab 2014 möglichen BewerberInnen freigestellt sein, welchen Aspekt sie hervorkehren wollen. Die Preisverleihung soll auf die Anfang Juli stattfindende Foire Agricole vorverlegt werden, weshalb die Einschreibungsfrist jeweils schon im April, und nicht wie bisher im Juni, ausläuft.

Mehr bio - vielleicht

Bevor man zur Verleihung der beiden Auszeichnungen schritt, wagte Romain Schneider einen vorsichtigen Blick in die Zukunft. „Vielleicht“, so der Minister, werde die Förderung der biologischen Landwirtschaft in Zukunft mit mehr personellen und finanziellen Ressourcen vorangetrieben werden. Der Vorbehalt in dieser Formulierung, der bei der interessierten Biolandwirtschaftsbranche nicht gerade Jubel auslöste, hat wohl mit den noch nicht abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen zu tun.

Tatsächlich sehen im (provisorischen) Verhandlungspapier die Koalitionäre in den biologisch ausgerichteten Landwirtschafts-, Weinbau- und Gartenbaubetrieben eine „vielversprechende Piste“ für den Erhalt der kleinbäuerlich geprägten Luxemburger Landwirtschaft. In diesem Sinne sollen zum Beispiel öffentliche Kantinen stärker dazu animiert werden, Luxemburger Bioprodukte zu verarbeiten. Allerdings soll dies auch für „produits du terroir de qualité“ gelten. Womit die eingangs erwähnte Verwirrung weiterhin Bestand haben dürfte.

Immerhin verspricht das Papier, dass der Aktionsplan sowohl qualitativ als auch in Bezug auf die personellen Ressourcen voran „gestoßen“ werden soll. Hier wird explizit auf das Förderungsproblem abgehoben, das es bislang Betrieben schwer macht, das Risiko der Umstellung - die in den Anfangsjahren stets mit Einnahmeverlusten einhergeht - auf sich zu nehmen.

Auch konventionelle Betriebe erhalten im Rahmen nachhaltiger Naturerhaltungsmaßnahmen Fördermittel, die unter Umständen ähnlich hoch ausfallen wie die für potenzielle Umsteiger - was den Ansporn zum Umstieg natürlich nicht verstärkt. Das Koalitionsprogramm sieht hier eine Öffnung vor, die es dem zukünftigen Minister zumindest erlaubt, in dieser Angelegenheit proaktiver zu verfahren - sofern es die Budgetmittel gestatten.